

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

31. Januar – 06. Februar 2026

Nach vier Monaten intensiver und konfliktreicher Parlamentsdebatten hat die französische Nationalversammlung den Staatshaushalt für das Jahr 2026 endgültig verabschiedet. Am 2. Februar scheiterten die beiden letzten Misstrauensanträge gegen die Regierung von Premierminister Sébastien Lecornu, die von der radikalen Linken bzw. der extremen Rechten eingebracht worden waren. Damit konnte der Haushalt nach drei Anwendungen von Artikel 49.3 der Verfassung, der eine Verabschiedung ohne Abstimmung ermöglicht, angenommen werden. Zwar hatte der Senat den Text zuvor abgelehnt, doch das letzte Wort lag bei der Nationalversammlung. Die Regierung verteidigte ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die institutionelle Blockade und die Notwendigkeit, dem Land endlich einen Haushalt zu geben. Die Sozialisten spielten eine Schlüsselrolle, indem sie sich gegen ein Misstrauensvotum aussprachen, nachdem Zugeständnisse bei sozialen Leistungen wie der Erhöhung der Aktivitätsprämie und dem Einfrieren des Einkommensteuertarifs gemacht worden waren. Haushaltspolitisch stützt sich die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nun zu 75 % auf Steuererhöhungen und nur zu 25 % auf Ausgabenkürzungen, insbesondere durch höhere Abgaben für Unternehmen. Die öffentlichen Ausgaben werden 2026 um 38 Milliarden Euro steigen, das Defizitziel wurde auf 5 % des BIP angehoben und die Staatsverschuldung dürfte 118,3 % des BIP erreichen. Vor der endgültigen Inkraftsetzung muss der Haushalt noch vom Verfassungsrat geprüft werden.

Im Berufungsprozess gegen Marine Le Pen forderten die Generalanwälte in dieser Woche vier Jahre Haft, davon drei auf Bewährung, eine Geldstrafe von 100.000 Euro sowie fünf Jahre Unwählbarkeit wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel im Fall der europäischen Assistenten des Front National (FN). Damit liegt die geforderte Strafe nahe an der Entscheidung des Strafgerichts vom März 2025. Die Verteidigung von Le Pen versuchte, ihre Verantwortung herunterzuspielen, betonte jedoch, dass keine vorsätzlichen Straftaten begangen wurden. Die Generalanwälte bezeichneten dies als oberflächliche Strategie und hoben die Strenge des Rechts gegenüber politischen Tricks hervor. Die lange Argumentation machte deutlich, wie schwierig Le Pens Weg zur Präsidentschaft im Jahr 2027 sein könnte. Politisch muss der Rassemblement National (RN) nun die doppelte Legitimität seiner Spitzenfiguren – Marine Le Pen und Jordan Bardella – managen. Das Urteil wird bis zum Sommer erwartet.

Am 5. Februar 2026 hat die französische Regierung einen seit Langem angekündigten nationalen Plan zur Bekämpfung von Unfruchtbarkeit vorgestellt. Ziel ist es, besser über ein Thema aufzuklären, das mehr als drei Millionen Menschen in Frankreich betrifft. Zentrale Maßnahme ist eine Informationskampagne, bei der alle Bürgerinnen und Bürger ab dem Spätsommer zu ihrem 29. Geburtstag ein persönliches Informationsschreiben erhalten sollen – ausdrücklich ohne moralischen oder gesellschaftlichen Druck und mit Hinweisen zur Verhütung für Personen ohne Kinderwunsch. Der von Emmanuel Macron angekündigte Plan umfasst zudem eine nationale Kommunikationskampagne, den Start einer Informationswebsite sowie den Ausbau der Möglichkeiten zur Eizellkonservierung. Die Gesundheitsministerin Stéphanie Rist betonte, dass es darum gehe, frühzeitig zu informieren und spätere Reue zu vermeiden.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung haben am 4. Februar erneut die Einführung eines „Rechts auf Hilfe beim Sterben“ gebilligt. Der Text entspricht weitgehend der Fassung, die im Mai 2025 in erster Lesung von der Nationalversammlung angenommen worden war. Er kehrt nun in zweiter Lesung zurück, nachdem der bürgerlich-konservativ dominierte Senat die Reform kürzlich abgelehnt hatte. Die Reform wurde 2022 von Präsident Emmanuel Macron angestoßen, der darauf drängt, das Gesetz noch vor der Präsidentschaftswahl 2027 zu verabschieden. Yaël Braun-Pivet, die Präsidentin der Nationalversammlung, hält sogar eine endgültige Annahme vor dem Sommer für möglich. Die Plenardebatte beginnt am 16. Februar, die Abstimmung ist für den 24. Februar vorgesehen – parallel zur Abstimmung über ein konsensfähigeres Gesetz zu Palliativpflegeangeboten. Der Gesetzentwurf sieht vor, schwerkranken Menschen unter strengen Bedingungen zu erlauben, eine tödliche Substanz selbst einzunehmen oder, falls sie dazu körperlich nicht in der Lage sind, sie von medizinischem Personal verabreichen zu lassen.

Die geplante Veräußerung der Tochterfirma Exaion des französischen Energiekonzerns EDF an den US-Konzern Mara Holdings sorgt weiterhin für politische und wirtschaftliche Spannungen. EDF, der führende Stromanbieter

Frankreichs und im Staatsbesitz, ist über seine Tochter auf Hochleistungsrechnen spezialisiert und bietet Dienstleistungen in den Bereichen Blockchain, Cybersicherheit und digitale Infrastrukturen an. Das französische Wirtschaftsministerium hat EDF aufgefordert, die Prüfung des Verkaufsprojekts über die ursprünglich gesetzte Frist Ende Januar hinaus zu vertiefen, um die strategischen Folgen der Transaktion genauer zu prüfen. Im August war der Verkauf offiziell angekündigt: Mara Holdings, ein US-Unternehmen mit Schwerpunkt auf Krypto-Mining, soll 64 % der Anteile für 168 Mio. Euro übernehmen. Die geplante Transaktion löste eine intensive politische Debatte aus. Kritiker warnen vor dem Verlust einer strategisch wichtigen Zukunftstechnologie. Wirtschaftsminister Roland Lescure wies die Kritik als parteipolitisch motiviert zurück, während La France insoumise eine parlamentarische Untersuchung zu Frankreichs wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA fordert.

Das französische Innenministerium hat La France insoumise (LFI) in einer am 4. Februar 2026 veröffentlichten Verwaltungsvorschrift für die Kommunalwahlen im März 2026 neu eingestuft und das bisher als „links“ geführte Bündnis nun der Kategorie „extreme Linke“ zugeordnet. Der Vorsitzende von LFI, Jean-Luc Mélenchon, reagierte scharf und sprach von einer „Bananenrepublik“. Die Parteiführung wirft dem Innenministerium politische Manipulation vor und hat Rechtsmittel beim Conseil d'Etat eingelegt, der innerhalb eines Monats entscheiden soll.

Das französische Außenministerium warnt vor einer gezielten russischen Desinformationskampagne im Zusammenhang mit der Epstein-Affäre, die auf Emmanuel Macron abzielt. Zwar erscheint Macrons Name in den vom US-Justizministerium veröffentlichten Akten zu Jeffrey Epstein, jedoch ausschließlich indirekt in fremden Korrespondenzen oder Presseartikeln, ohne Hinweise auf Kontakte oder Fehlverhalten. Die Kampagne wird dem Netzwerk Storm-1516 zugeschrieben. Parallel steht Jack Lang, ehemaliger französischer Kulturminister, im Fokus, da er tatsächlich mit Epstein in Verbindung gebracht wird und die Regierung eine Klärung verlangt.

Bei der Nachwahl zur Nationalversammlung am 1. Februar hat Antoine Valentin in der 3. Wahlkreises von Haute-Savoie gewonnen. Der Kandidat der Union des droites pour la République (UDR), unterstützt vom Rassemblement national (RN), erreichte 59,1 % der Stimmen im zweiten Wahlgang bei niedriger Wahlbeteiligung (34,1 %). Mit diesem Sieg gewinnt das von Éric Ciotti geführte UDR-Bündnis einen zusätzlichen Sitz in der Nationalversammlung. Die Wahl fand nach dem Rücktritt der Abgeordneten der Républicains, Christelle Petex, statt, die ihr Mandat aus Politikverdrossenheit und aufgrund von Drohungen niedergelegt hatte. Führende Vertreter des RN, darunter Jordan Bardella und Marine Le Pen, werteten das Ergebnis als politisches Signal zugunsten der rechten Allianz.

Die französische Regierung hat aus Sicherheitsgründen den Verkauf der Bodenantennen des Satellitenbetreibers Eutelsat an den schwedischen Investor EQT abgelehnt. Wirtschaftsminister Roland Lescure betonte die strategische Bedeutung dieser Infrastruktur für zivile und militärische Kommunikation sowie für die nationale Souveränität. Eutelsat gilt als einzige europäische Alternative zu Starlink und ist auch Dienstleister der französischen Streitkräfte. Der Staat hält rund 30 % der Anteile. Laut der Regierung ist das Ziel der Entscheidung, den Abfluss strategisch wichtiger Infrastruktur ins Ausland zu verhindern; sie richtet sich also nicht gegen den Investor, sondern dient ausschließlich dem Schutz der nationalen Sicherheit.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der sozialistische Abgeordnete **Jérôme Guedj** hat am 5. Februar seine Kandidatur für die französischen Präsidentschaftswahlen 2027 angekündigt – und zwar außerhalb der geplanten Vorwahl der sogenannten „Vereinten Linken“. Der 54-jährige begründet diesen Schritt damit, dass er eine republikanische, europäische, universalistische und laizistische Linke vertreten möchte, die soziale und ökologische Fragen ernst nimmt. Er kritisierte die von der Sozialistischen Partei und den Grünen geplante Vorwahl als programmatisch unklar und wertemäßig widersprüchlich. Guedj, der früher dem linken Flügel der PS angehörte und einst Mélenchon nahestand, lehnt heute jede Zusammenarbeit mit La France insoumise ab und beklagt die „Ambiguität“ im linken Lager.

DIE ZAHL DER WOCHE

1,7 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1			

Eine Studie des Centre Études & Data der Groupe Alpha zeigt, dass französische Unternehmen die Kaufkraftverluste ihrer Beschäftigten, die während der Hochinflationsphase entstanden sind, bislang nur unzureichend ausgeglichen haben. Grundlage der Studie sind 800 ausgewertete Tarifabschlüsse für das Jahr 2026 aus verschiedenen Branchen. Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt **1,73 %** und liegt damit zwar über der aktuellen Inflation von 0,8 Prozent, fällt jedoch bereits zum dritten Mal in Folge geringer aus. Laut den Studienautoren wurden bisher nur rund 32 % der früheren Kaufkraftverluste kompensiert.